Der Neutralitätsbruch Portugals.

Das halbamtliche Organ des russischen auswärtigen Amtes, das „Journal de St. Pétersbourg" veröffentlicht folgenden Artikel über den geplanten Durchzug englischer Truppen durch portugiesisches Gebiet:

„Der portugiesische Minister des Auswärtigen hat am 3. April in der Sitzung der Deputirtenkammer angezeigt, daß das Cabinet von Lissabon zu diesem Durchmarsch seine Zustimmung gegeben habe, und er hat geltend gemacht, daß das Recht Englands, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen, in den Verträgen anerkannt sei. Die Depesche sagt nicht, auf welche Verträge der Minister Bezug nimmt; in dem, was von der englisch-portugiesischen Convention vom 11. Juni 1891 veröffentlicht worden, ist eine hierauf bezügliche Stipulation nicht enthalten. Es handelt sich hier um die freie Schifffahrt auf dem Zambesi und um den Transitverkehr für Personen und jegliche Waaren auf den Flüssen und denjenigen Landwegen des Gebiets, welche die Communication in Gegenden vermitteln, wo die Flußläufe nicht schiffbar sind. Auch der Erbauung einer Eisenbahn von Beira nach Rhodesia wird Erwähnung gethan, vergebens wird man aber in dem auf diese Linie bezüglichen Artikel einen Passus suchen, der da festsetzte, daß diese Linie von England zu Truppentransporten benutzt werden könnte. Es bleibt also der Passus von dem freien Transitverkehr für alle Personen und Waaren jeglicher Art, wenn durch eine jedenfalls sehr kühne Interpretation England das Recht zuerkannt werden soll, von Beira Truppen mit der Eisenbahn nach Rhodesia zu schicken. Vielleicht kann England sein Recht auf andere Stipulationen stützen, als die der Convention von 1891, und es ist wahrscheinlich, daß die Blätter bei der Behandlung dieser Angelegenheit den hier in Frage kommenden Rechtspunct genauer präcisiren werden. In der That haben sich die Engländer schon vor einigen Jahren der von Beira ausgehenden Eisenbahn bedient, um Truppen nach Rhodesia zu senden; es war das zur Zeit des Aufstandes der Matabele; diese Negervölker konnten ebenso sehr für Mozambique wie für die englischen Besitzungen im Hinterlande eine Gefahr bilden; die Situation war von den jetzigen Verhältnissen recht verschieden, denn es handelt sich nicht mehr um aufständische Völkerschaften, sondern um einen zwischen England und zwei Staaten ausgebrochenen Krieg, in dem sich Portugal für neutral erklärt hat."

Die militärische Bedeutung des geplanten Marsches durch Rhodesia erscheint dem „Journal de St. Pétersbourg" zweifelhaft und es meint, daß es in vielen politischen Kreisen Lissabons gewiß Patrioten geben werde, „die es bedauern werden, wenn auch nur für die Dauer des jetzigen Krieges, die britische Fahne in einem Lande wehen zu sehen, welches sie auf immer Portugal erhalten möchten."

* **Lissabon**, 9. April. Die Angriffe der Presse gegen die Regierung wegen der zum Durchmarsch englischer Truppen gegebenen Erlaubniß werden immer schärfer und selbst Blätter wie der „Diario de Noticias", welcher der Regierung zur Seite zu stehen pflegte, beginnen jetzt eine derselben wenig angenehme Sprache zu führen. Das genannte Blatt sagt heute:

„Eine schwarze Wolke hat den Horizont unserer überseeischen und internationalen Politik verdunkelt; es handelt sich nämlich um den Durchmarsch englischer Truppen durch unser Gebiet. Von welchem Gesichtspuncte man die Sache auch betrachten möge, sie ist für uns von höchster Wichtigkeit, da es sich um die Hoheitsrechte und die Ehre unserer Nation handelt, welche ihre Pflichten in loyaler Weise erfüllen will. Unglücklicher Weise handelt es sich nicht mehr um eine theoretische Streitfrage, sondern um eine Thatsache. Der Durchmarsch englischer Truppen ist erfolgt und es wäre nur zu wünschen, daß es bei diesem einen Falle bleiben möge und daß das englische Heer andere Puncte für seine strategischen Pläne wählen würde. Selbstverständlich mußte dieses Ereigniß die öffentliche Meinung unangenehm überraschen. Dem edelmüthigen Charakter des Portugiesen widerstrebt es, Mitschuldiger bei einem Attentat gegen die Autonomie eines Volkes zu sein, das seine Unabhängigkeit so heldenmüthig zu vertheidigen weiß. Ueber dem sentimentalen Gefühle steht aber die Rechtsfrage. Durften wir die Erlaubniß zum Durchmarsch geben, nachdem wir erklärt hatten, Neutralität zu beobachten? Der Minister des Aeußeren erklärte, daß Portugal einen Vertrag erfüllte, als es der Bitte Englands, welche gleichzeitig den Ausdruck der Respectirung unserer Hoheitsrechte enthielt, nachkam. Aber der Artikel 13 des englisch-portugiesischen Vertrages von 1891 gestattet, wie man ihn auch immer auslegen möge, doch nicht die Berechtigung, welche die Regierung gewährte, und der Minister erklärte daher das Vorhandensein von Noten, welche somit den Vertrag erweitern und erheblich modificiren. Der Text derselben ist nur den beiden betheiligten Nationen bekannt und erst nach deren Veröffentlichung könnte man beurtheilen, wie unsere Regierung die Interessen des Landes vertheidigte. Wenn aber diese Abmachungen der Kriegserklärung vorangingen, wie ist es dann möglich, daß wir eine Neutralitäts-Erklärung abgeben konnten, da doch geheime Verträge uns nicht gestatteten, eine demselben entsprechende Haltung zu beobachten? Haben wir etwa dem Transvaalstaat in loyaler Weise Kenntniß von diesen Abmachungen gegeben? Ist unsere Handlungsweise weniger incorrect, wenn wir das erst jetzt in dem vorgeschrittenen Stadium des Krieges thaten? Es liegt uns Alles daran, unsere Würde und unsere Hoheitsrechte respectirt zu sehen; es muß uns aber auch daran gelegen sein, den anderen Mächten zu beweisen, daß wir keine Ausrede suchen und daß unsererseits keine Treulosigkeit und kein Verrath vorliegt. Gott gebe es, daß der Minister des Aeußeren sich vor den anderen Mächten rechtfertigt, damit das Mißtrauen und die Mißachtung derselben nicht auf Portugal falle, welchem England mit schlauer Diplomatie seine Ansprüche auferlegte. Das Urtheil der Mächte wird uns nicht ungünstig sein, wenn die Regierung beweisen kann, daß sie auf das Genaueste den Vertrag erfüllte und daß er die Verpflichtungen, welche ihm das internationale Recht auferlegt, nicht verletzte."

Hierzu bemerkt die „Frkf. Ztg.", daß Portugal keine formelle Neutralitäts-Erklärung abgegeben hat. In einer Senatssitzung im Januar d. J. hat aber der Minister des Aeußeren auf eine hierauf bezügliche Interpellation erklärt, daß eine derartige Erklärung überflüssig sei, da es während eines Krieges zwischen zwei Nationen nur zwei Lager gebe, nämlich dasjenige Derer, welche direct am Conflict theilnehmen, und Derer, welche sich nicht hineinmischen. Bei dieser Gelegenheit gab er aber auch die Erklärung ab, daß mit keiner der kriegführenden Mächte ein Vertrag geschlossen worden sei und daß die Regierung nicht das Recht habe, allein Verträge abzuschließen, sondern dieselben dem Parlament zur Billigung vorlegen müsse.

Die Goldminen.

* Es wurde schon auf einen Hochverrathsproceß hingewiesen, der sich dieser Tage in Johannesburg abgespielt hat und bei dem ein Angestellter des Transvaal, der Mineningenieur Munnik, eine etwas seltsame Rolle gespielt hatte. Die „Times" berichten nun des Näheren über die Vorgänge, wie sie sich bei dem Processe abgespielt haben, wie folgt:

Drei Männer, Namens Dempsey, Perron und Thompson, wurden angeklagt, den derzeitigen Staatsminen-Ingenieur Munnik in ein Haus auf der „City and Suburban-Mine" in der Absicht gelockt zu haben, ihn als Geisel für den Fall der Zerstörung von Minineigenthum zurückzuhalten und ihn zu Aussagen über Staatsgeheimnisse, die ihm mit Bezug auf die Minenzerstörung bekannt waren, zu veranlassen. Die Angeklagten wurden sämmtlich beschuldigt, auf Mr. Munnik einen Mordanschlag durch Abfeuerung eines Revolvers begangen zu haben. Es wurde ihnen schließlich zur Last gelegt, von dem Ingenieur durch Drohungen über 200 Pfund Sterling erpreßt zu haben. Perron, der gleich seinen Spießgesellen eine Maske vor dem Gesicht hatte, wollte Details über die Pläne der Regierung zur Zerstörung der Minen wissen. Dempsey wurde von der Jury wegen Mordversuchs zu sieben Jahren Kerker verurtheilt, die Anderen wurden freigesprochen. Der Vorsitzende des Gerichtshofes sprach der Sache jede politische Bedeutung ab und sah lediglich darin einen Raubversuch. Im Verlauf der Verhandlung ergab sich, daß Mr. Munnik den Attentätern das Geständniß ablegte, Instructionen vom Staatssekretär Reitz empfangen zu haben, Bohrlöcher in den Minen anzulegen. Auf die Frage des Vorsitzenden bemerkte Mr. Munnik, daß er diese Aeußerung nur gethan habe, um seine Angreifer irre zu führen. Mr. Hollard ersuchte darauf, zu sagen, ob er von der Transvaalregierung die officielle Ordre erhalten habe, die Minen eventuell in die Luft zu sprengen, doch weigerte sich Mr. Munnik, hierauf zu antworten, mit der Begründung, daß dies Staatsgeheimniß sei. Spätere Nachrichten vom Rande behaupten, daß in dem ganzen Vorgange noch verschiedenes Unklare der Aufklärung bedürfe. Personen, die Mr. Reitz kürzlich interpellirten, sagen aus, daß sich derselbe in letzter Zeit so scharf gegen die Briten wendet, daß man an eine neuerliche Gehirnerkrankung des betreffenden Herrn glaubt. Er erklärt mit aller Bestimmtheit, daß die Briten nie einen Fuß in den Transvaal setzen würden.

Aus der ganzen Darstellung geht hervor, daß der Staatsanwalt unzweifelhaft im Recht war, als er jede politische Spitze in dem Vorfall ausschied und ihn als einen ganz gewöhnlichen Raub- oder Erpressungsversuch einiger Engländer darstellte, denen diese ein politisches Mäntelchen umzuhängen versuchten, indem sie den entführten Beamten zu allerhand phantastischen Geständnissen mit erhobenem Revolver zwangen. Die Tendenz, welche die „Times" bei der Vertretung dieser ganzen Angelegenheit verfolgen, ist klar: es soll, trotz der entschiedenen Erklärungen der Transvaalregierung, der Anschein erweckt werden, als ob doch die feste Absicht einer Zerstörung der Minen bestände, und sei es auch nur bei einem einzigen „verrückten" Mitgliede der Transvaalregierung, und es soll damit natürlich gegen Transvaal bei allen denen gehetzt werden, welche Interessen an den südafrikanischen Minen haben. Dem Zwecke gilt auch die schon mitgetheilte nachfolgende „Times"-Meldung aus Lourenzo Marquez:

Ein österreichischer Zimmermann, Namens Epler, welcher die Stelle eines Hauptmanns der Randminenpolizei bekleidet, ist muthig vorgegangen, um eine den Minen drohende Zerstörung zu vereiteln. Als er erfuhr, daß Leute ausgesandt worden waren, um zum Zwecke der Zerstörung der Minen dort Löcher zu bohren, verhaftete er den Führer der aus 14 Mann bestehenden Abtheilung. Der Staatsminen-Ingenieur Munnik erhob hiergegen Einspruch und erklärte, daß die Leute auf seinen Befehl so handelten. Epler verlangte hierauf einen schriftlichen Befehl, welchen Munnik den Leuten ausstellte, worauf ihnen gestattet wurde, ihre Arbeiten fortzusetzen. Es wurden dann Vorstellungen bei der Regierung in Pretoria erhoben, und die Folge davon war, daß Munnik's Befehl aufgehoben wurde. Seitdem hat Epler die Minen unter seiner Oberaufsicht abgesperrt.

Aus dem ganzen Inhalt der Depesche selbst geht hervor, daß sich die Sache so in keinem Falle abgespielt haben kann. Die „Intervention" des Randminenhauptmanns hat offenbar auf leere Gerüchte hin stattgefunden, wie dies ja das Weiterarbeiten der Leute zeigt, und wenn die Arbeiten schließlich eingestellt wurden auf „Befehl der Regierung", so hat diese doch, ganz abgesehen davon, daß keine glaubwürdige Mittheilung über den Grund gemacht wird, damit sicherlich bewiesen, daß sie eben eine Zerstörung der Minen nicht beabsichtigt!

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 17. April. (Die socialdemokratische Maurer-Organisation.) Im vorigen Jahre hatten die Bauarbeitgeber in Berlin die Macht der deutschen socialdemokratischen Maurer-Organisation in Deutschland offenbar unterschätzt. Nach dem jetzt von der Organisation erstatteten Rechenschaftsberichte für 1899 ist eine solche Unterschätzung nicht mehr möglich. Nach diesem Berichte zählte die Organisation im vorigen Jahre durchschnittlich 74 531 Mitglieder; da die Mitgliederzahl 1898 nur 60 175 betragen hatte, so ist also eine Steigerung um 14 359 zu verzeichnen. Die Gesammteinnahme des Verbandes stellt sich auf 1 060 996 ℳ; für Streiks wurden hiervon 511 236 ℳ ausgegeben; 41 750 Mark kostete der Streik in Augsburg, 24 705 der in Dresden, 61 877 der in Frankfurt a. M., 47 637 der in Gommern, 10 788 der in Offenbach, 11 142 der in Bremerhaven, 11 501 der in Darmstadt u. s. w. Die ausgesperrten dänischen Collegen wurden mit 7500 ℳ unterstützt, die böhmischen Collegen in Karlsbad mit 2000, die Brünner Textilarbeiter mit 3323,70 ℳ. Für Delegationen zum fünften Verbandstage wurde die stattliche Summe von 15 061 ℳ ausgegeben. Trotzdem hat sich das Vermögen des Verbandes um 167 547 ℳ gehoben und beträgt jetzt 453 563 ℳ gegen 286 015 ℳ am Schlusse des Jahres 1898. Der Verband hat 881 Zahlstellen und in jeder nennenswerthen Stadt besteht eine socialdemokratische Maurer-Organisation, der hier und da fast alle Maurer angehören. Ist nun auch der Verband finanziell noch nicht kräftig genug, um eine Anzahl großer Streiks lange aushalten zu können, so beweist sein Wachsthum doch, daß er in den bevorstehenden Kämpfen im Baugewerbe ein Factor ist, mit dem sehr ernstlich gerechnet werden muß.

§ **Berlin**, 17. April. Die Lage des Arbeitsmarktes im März stand unter dem belebenden Einflusse der wiederbeginnenden Arbeiten in Landwirthschaft und Baugewerbe. Die Vorfälle des Wirthschaftslebens, die in letzter Zeit hier und da zu einigermaßen ernsten Besorgnissen für die Zukunft Anlaß geben, sind auch den Beobachtungen der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt" nicht stark genug, um die andauernd günstige Lage in ihr Gegentheil zu verwandeln. In Bergbau, Hütten, Metall- und Maschinen-Industrie dauert der gute Geschäftsgang nach wie vor fort. Im Baugewerbe die Maurerstreiks, in der Bekleidungsindustrie die Schneiderstreiks und ihr Verlauf sind ebenfalls Symptome davon, daß die Lage noch immer als günstig betrachtet wird. Allerdings bringt die anhaltende Höhe der Kohlenpreise für viele Betriebe eine Erschwerung, vereinzelt daher auch weitere Betriebs-Einschränkungen mit sich. In einzelnen Industrien, wie in dem Textilgewerben, stehen bereits neben Bezirken mit glänzendem Geschäftsgange auch solche, wo wenig oder fast nichts zu thun ist. Die überwiegend günstige Lage erhält auch ihren Ausdruck in den Ziffern der städtischen Krankencassen, nach denen vom März auf April dieses Jahres die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 3,4 Proc. gegen 2,6 Proc. im Vorjahre zunahm. Auch an den deutschen Arbeitsnachweisen konnte im März der Bedarf an Arbeitern im Durchschnitt nicht gedeckt werden. Auf 100 offene Stellen kamen 94,8 Arbeitsuchende. Allerdings, wenn man bedenkt, daß die letztere Zahl im März vorigen Jahres sogar nur 87,7 betragen hatte, so dürfte auch dies immerhin den Zeichen dafür zuzuzählen sein, daß die günstige Conjunctur ihren Höhepunct bereits überschritten hat.

⊙ **Berlin**, 17. April. (Telegramm.) Die Herzogin von Albany ist mit ihrem Sohne heute Vormittag 11 Uhr in Potsdam eingetroffen und auf dem Bahnhofe vom **Kaiser** empfangen worden. Die Herrschaften begaben sich alsbald nach der Villa Ingenheim. Gegen Mittag kehrte der Kaiser nach dem Potsdamer Stadtschlosse zurück, ließ sich dort militärische Vorträge halten und nahm verschiedene militärische Meldungen entgegen. Gegen 1 Uhr traf auch die **Kaiserin** mit dem Kronprinzen und Gefolge im Stadtschlosse ein, worauf in den Zimmern des Kronprinzen Familienfrühstück stattfand. Heute Abend wird der Kaiser, einer Einladung des großbritannischen Botschafters Sir Frank Cavendish Lascelles entsprechend, bei demselben das Diner einnehmen. Außerdem werden an demselben u. A. theilnehmen Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, der vortragende Generaladjutant, General der Infanterie v. Hahnke, der Chef des Civilcabinets, Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Lucanus, der Commandeur des 1. Garde-Dragoner-Regiments, Oberstleutnant v. Rauch, Professor Harnack.

⊙ **Berlin**, 17. April. (Telegramm.) Die Nachricht eines hiesigen Blattes, daß der Zustand des Oberpräsidenten **v. Goßler**, der in einer hiesigen Klinik liegt, bedenklich sei, ist unrichtig. Das Befinden hat sich täglich gebessert und ist jetzt sehr gut. (Wiederholt.)

B. **Berlin**, 17. April. (Privattelegramm.) Dem Unterstaatssekretär im Cultusministerium Dr. **v. Bartsch** ist vom Kaiser in einem besonders gnädigen Handschreiben zum Osterfest der Charakter als Wirklicher Geheimer Rath mit dem Prädicat „Excellenz" verliehen worden.

B. **Berlin**, 17. April. (Privattelegramm.) Die vom Reichsmarineamt veranlaßten Erhebungen über die deutschen **Seeinteressen** werden neuerdings in Gestalt directer Umfragen bei den Interessenten fortgesetzt. So ist für Rheinland und Westfalen festgestellt worden, daß in 1000 am Seehandel unmittelbar interessirten Geschäften über eine halbe Million Personen Beschäftigung und mit den Angehörigen über zwei Millionen Personen ihren Unterhalt finden. Die überseeische Aus- und Einfuhr dieser Geschäfte beläuft sich auf 700 Mill. Mark. Etwa die Hälfte dieser Zahlen entfällt auf den Regierungsbezirk Düsseldorf. Die Erhebungen geben im Einzelnen ein nicht uninteressantes Bild der industriellen Thätigkeit für den überseeischen Markt in den verschiedenen Theilen des Reiches und somit eine Art specieller Ergänzung zur Productionsstatistik. Ihr nächster Zweck liegt freilich auf anderem Gebiete: Sie sollen dartun, wie in allen Theilen des Landes und allen Kreisen der Bevölkerung mannigfache Verbindungen mit den See-Interessen des Reiches vorhanden sind und wie unbegründet es wäre, irgend welche bestimmten Kreise, etwa in den Seestädten, allein die Kosten für den Schutz der See-Interessen tragen zu lassen.

B. **Berlin**, 17. April. (Privattelegramm.) Die „Nat. Ztg." schreibt: „Gegenüber der Meldung, der gegenwärtig am Lago Maggiore verweilende deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, Graf **von Bülow** habe die **Boerenmission** empfangen, muß darauf hingewiesen werden, daß diese Mittheilung durchaus erfunden ist. Wenn der deutsche Consul in Mailand, früher in Pretoria, mit Mitgliedern dieser Mission zusammengetroffen ist, so erklärt sich dies ausschließlich aus früheren persönlichen Beziehungen, die mit der Politik nicht das Geringste gemein haben. Da zugleich Nachrichten auftauchen, wonach die Boerenmission auch in Berlin eintreffen würde, so läßt sich schwer absehen, welcher Zweck mit einem solchen Besuche verbunden sein könnte. Deutschland hält unter allen Umständen an seiner Neutralität fest. Da nun der Kriegszustand zwischen England und den südafrikanischen Republiken fortdauert, die englische Regierung auch jede Vermittelung einer fremden Macht abgelehnt hat, läßt sich in keiner Weise erkennen, weshalb die Boerenmission Berlin berühren sollte."

— Für die Reichstagsersatzwahl in Aurich hat der Bund der Landwirthe nunmehr, nachdem Dr. Semler wegen der an ihn gestellten Zumuthungen in Sachen des Fleischschaugesetzes die Verhandlungen für abgebrochen erklärt hat, die Unterstützung des antisemitischen Candidaten Bruhn proclamirt. In der Berliner Bundesleitung ist man der „Nat.-Ztg." zufolge über diese Candidatur allerdings durchaus nicht sonderlich erbaut, da das Organ des Herrn Bruhn, die „Staatsbürgerzeitung", den Bund gelegentlich seiner Agitationsversuche in Berlin wenig freundlich behandelt hat; auch im Wahlkreise selbst scheint die locale Leitung des Bundes sich von dem Antisemiten wenig zu versprechen, hält sie es doch für zweckmäßig, von vornherein zu erklären, daß sie sich „keineswegs mit der antisemitischen Richtung der Reformpartei identificire."

— Die Stadtverordneten Singer und Genossen haben folgenden Antrag in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: Die Versammlung beschließt, an den preußischen Landtag das Ersuchen zu richten, daß bei der bevorstehenden Abänderung des Communalwahlgesetzes die Einführung des — bei den Reichstagswahlen geltenden — allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts auch für die Gemeindewahlen beschlossen werden möge.

— Finanzminister v. Miquel kehrt am 21. April von seinem Osterurlaub, den er bei seiner Tochter in Schlesien zubringt, zurück. Der Minister des Innern Frhr. v. Rheinbaben, der bei seinem Schwiegervater, Klosterpropst Wirkl. Geh. Rath v. Lilienceron, auf Besuch ist, kehrt am 19. April vom Urlaub zurück. Staatsminister Graf Posadowsky trifft am 19. April nach Homburg v. d. Höhe, um am 20. die Saalburg zu besichtigen.

— Der Staatsminister a. D. Dr. v. Delbrück vollendete am zweiten Osterfeiertage sein 83. Lebensjahr.

— Der ehemalige Gesandte am schwedischen Hofe Wirkliche Geheime Rath Excellenz v. Pfuhl ist am 15. April früh an Herzlähmung hier gestorben.

⊙ **Hamburg**, 17. April. (Telegramm.) Auf die von der Hamburg-Amerikalinie an den Kaiser gerichtete telegraphische Meldung, daß der Dampfer „Batavia" als erstes mit einer Tiefladelinie versehenes Schiff der Gesellschaft den Hamburger Hafen am Ostersonntag verlassen habe, traf bei der Hamburg-Amerikalinie folgende Antwortdepesche des Kaisers ein:

„Mit aufrichtiger Genugthuung hat Mich Ihre Meldung erfüllt. Möge Ihre Linie durch diese Einführung das hohe Gefühl erheben, nach Pflicht und Gewissen Alles gethan zu haben, was Sie für die an Bord befindlichen Passagiere und Mannschaften als Ihre Verpflichtung empfunden haben, und Sie mit Stolz erfüllen, den ersten großen Schritt in Ausführung Meiner Socialpolitik auch auf dem Meere gewagt zu haben! Fürwahr eine schöne Ostergabe! Wilhelm I. R."

* **Barmen**, 16. April. Der Ausstand der Färber hat sich noch auf die Firma Friedrich Cleff ausgedehnt. Dort haben 23 Färber die Arbeit niedergelegt und sich ihren ausständischen Genossen angeschlossen. Allem Anscheine nach geht der Ausstand indeß dennoch seinem Ende entgegen. Selbst in Arbeiterkreisen ist allmählich die Ueberzeugung gereift, daß die Forderungen undurchführbar sind, und auch das Gewerkschaftscartell, dem 18 Handwerker- und Arbeiterorganisationen angehören, hat sich dieser Einsicht nicht verschließen können. In der letzten Sitzung der Gewerkschaftscommission sprachen sich denn auch verschiedene Redner dahin aus, die Lohnbewegung in den Elberfelder Färbereien, die den großen Ausstand hervorgerufen hat, aus der Welt zu schaffen. Namentlich war es den Rednern klar, daß die Forderung eines Mindestlohnes von 24 ℳ wöchentlich für alle Arbeiter, somit auch für die eben aus der Lehre Entlassenen, niemals bewilligt werde. Die Gewerkschaftscommission nahm daher einstimmig einen Beschluß an, wonach es für zweckmäßig erklärt wird, daß der Kampf der Färbereiarbeiter auf dem Wege der Vereinbarung beendet werde. Die zunächst betheiligten Elberfelder Collegen werden aufgefordert, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Zweifellos ist diese Stimmung des Gewerkschaftscartells nicht zum Geringsten der Gründung des Verbandes der Arbeitgeber im bergischen Industriebezirk zuzuschreiben, wie aus der Bemerkung eines Redners hervorging, der betonte, daß die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes nach den bisherigen Erfahrungen bereit seien, die gefaßten Beschlüsse auch auszuführen.

-s- **Halle a. S.**, 15. April. In nicht geringer Verlegenheit sind die hiesigen Socialdemokraten wegen der diesjährigen Maifeier. Sie bekommen nämlich kein größeres Gartenlocal, in dem sie mit ihren Familien Unterkunft finden. Alle nach dieser Richtung hin ergangenen Anfragen sind angesichts des drohenden Militärboycotts von den betr. Wirthen abschläglich beschieden worden. So wird aus der beabsichtigten imposanten Demonstration wohl nichts werden, und man wird die Feier auf ein Local in unserer Stadt beschränken müssen. Jedoch hat das Maifeier-Comité beschlossen, bei der Polizeiverwaltung die Erlaubniß zur Veranstaltung eines Umzuges durch die Stadt nachzusuchen. Obwohl das Comité ganz genau weiß, daß dieser Demonstrationsumzug nicht erlaubt wird, unternimmt es doch immer wieder den Versuch, um dann im „Volksblatt" den ablehnenden Bescheid der Polizeiverwaltung bekannt geben zu können. Die Arbeiter werden in ihrer großen Mehrzahl am 1. Mai arbeiten, und nur einige Gewerke, wie Maurer, Zimmerer, Former, Maler, Steinsetzer und Schneider werden feiern.

th. **Aus Thüringen**, 16. April. Für Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere zum Bau von Krankenhäusern und zur Errichtung von billigen und gesunden Arbeiterwohnungen sind aus Mitteln der Thüringischen Landes-Versicherungsanstalt bis jetzt 831 950 ℳ unter ermäßigten Bedingungen zur Verfügung gestellt worden. Und zwar haben zum Bau von Krankenhäusern 410 000, zum Bau von Arbeiterwohnungen 346 950 ℳ Verwendung gefunden.

* **Eisenach**, 16. April. Für nächsten Freitag, 20. April, steht die Ankunft des Großherzogs, des Erbgroßherzogs und des Prinzen Bernhard Heinrich auf der Wartburg zu erwarten, und am Abend trifft der Kaiser hier ein. Der Kaiser, der früher von hier aus Jagdausflüge in die Zillbach zu unternehmen pflegte, wird diesmal ebenso wie im vorigen Jahre hier nicht zur Auerhahnbalz fahren. Für Sonntag, 22. April, ist Wartburggottesdienst angesetzt, dem der Kaiser und der Großherzog beiwohnen werden. Am Morgen des 23. April verläßt der Kaiser die Wartburg wieder, um sich nach Dresden zu begeben und den König Albert von Sachsen persönlich zum Geburtstage zu beglückwünschen. Von Dresden begiebt der Kaiser sich dann direct nach Schlitz, wo er am Morgen des 24. April eintrifft. Der Großherzog wird nach der Abreise des Kaisers die Wartburg wieder verlassen und nach Weimar zurückkehren, während der Erbgroßherzog mit seinem Bruder noch hier bleibt, um Jagdausflüge zu machen.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Bei der Gesammtauflage der vorliegenden Nummer befindet sich als Sonderbeilage Nr. 19 der zwanglos erscheinenden Zeitschrift „Rundschau" (S. A. Fischer, Berlin W., Frobenstr. 14), die ihre Leser durch eine Reihe der bekanntesten industriellen Betriebe, Großhandlungen 2c. führt.

Schutzmarke
Salvator S Salvator
Bei Nieren- und Blasenleiden, Harngries und Gicht, bei Catarrhen der Athmungs- und Verdauungs-Organe wird von ärztl. Autoritäten
die Lithion-Quelle
Salvator
mit ausgezeichnetem Erfolge empfohlen.
Harntreibende Wirkung!
Angenehmer Geschmack! Leichte Verdaulichkeit!
Käuflich in Mineralwassergeschäften, eventuell bei der Salvator-Quellendirection in Eperies.

Alle eingeführten
Schulbücher
neu und antiquarisch
vorräthig in der
Buchhandlung Gustav Fock
Gesellschaft mit beschr. Haftung
Neumarkt 40.
Bei Ankauf von Schulbüchern werden gebrauchte, soweit noch verwendbar, in Zahlung genommen.

Gr. Tuchhalle, Brühl 2. PATENTE etc. schnell & gut Patentbüreau. SACK-LEIPZIG Gr. Tuchhalle, Brühl 2.

Sunlight-Seife
erfordert weniger Arbeit,
bringt grössere Bequemlichkeit,
hat höchste Reinigungskraft.
Zu haben in den einschlägigen Geschäften.
Preis pro Carton (ein Doppelstück) 25 Pfg.

Bitte verlangen Sie ausdrücklich Elfenbein-Seife mit „Elefant". Anerkannt vorzüglich für Wäsche u. Hausbedarf. In allen besseren Geschäften zu haben.

Julius Blüthner
Kaiserl. und Königl. Hofpianofortefabrik
Eingang Weststrasse 59.

Fabrik und Ausstellung
für
Beleuchtungs-Gegenstände aller Art,
Kochherde, Kocher, Apparate 2c.
Bade-, Heiz- u. Backöfen. D. R. P.
Gas
Fernsprecher 1213. Robert Kutscher, 8 Königsstraße, Leipzig.

Heinrich Bauer,
Bildhauer und Kunsttischler,
Colonnadenstrasse 14.

Das solideste Fahrrad ist
„Wanderer".
Verkaufsstelle: Franz Seiffert, Leipzig,
Harkortstrasse 1.

Fahrräder,
erstklassige Marken.
Coulante Bedingungen! Reelle Garantie.
Leipziger Fahrrad-Manufactur
Franz Flemming,
Tauchaer Strasse 1.

Caviar Ia. Astrachaner, à Pfd. 8, 10, 13, 15 ℳ, Ia. Ural, 6 und 7 ℳ
Kiessig & Co., Nicolaistr. 2.